

# Zuwanderer und Staat als Partner

Regierung will einen Vertrag durchsetzen, den es in anderen Ländern längst gibt

VON HARALD BAUMER

BERLIN – Es wird sicher noch etliche Monate dauern. Doch irgendwann im Lauf des nächsten, übernächsten Jahres könnte es so weit sein: Zuwanderer werden dann gleich nach ihrer Ankunft mit der Bundesrepublik Deutschland einen Vertrag abschließen müssen, in dem die Rechte und Pflichten beider Seiten genau geregelt sind. Das ist der Wunschtraum von Integrations-Ministerin Maria Böhmer (CDU). In ihrer zweiten Legislaturperiode will die Rheinland-Pfälerin diese Integrationsverträge unbedingt einführen.

Absolutes Neuland betritt die schwarz-gelbe Regierung mit dieser Idee nicht. In den Niederlanden gibt es schon seit etlichen Jahren solche Verträge – unter anderem mit dem Recht, nach fünf Jahren in den Kommunen mitwählen zu dürfen. In Frankreich führte der jetzige Staatspräsident und ehemalige Innenminister Nicolas Sarkozy diese gegenseitige Verpflichtung zwischen Migranten und Staat ein. Dem Vernehmen nach hat er es noch nicht bereut.

## Gemeinsame Wertebasis

„Integration muss verbindlicher gestaltet werden.“ So lautet der Schlüsselsatz von Maria Böhmer, wenn es um die geplanten Verträge geht. Jeder neu Zugezogene solle gleich wissen, woran er ist. Er findet Hinweise auf staatliche Unterstützung, aber es wird auch dargelegt sein, „was wir von den Zuwanderern erwarten“. Dazu gehöre eine gemeinsame Wertebasis (Meinungsfreiheit, Gleichberechtigung der Frau) ebenso dazu wie das Beherrschen der deut-

schen Sprache.

Prinzipiell stoßen Union und Liberale mit dem Integrationsvertrag bei den Oppositionsparteien auf offene Ohren. Gewisse Probleme könnten sich aber bei der praktischen Gestal-

tung ergeben. Die Regierung plant individuelle Vereinbarungen mit jedem Migranten, während zum Beispiel die Grünen eine gesamtgesellschaftliche Verpflichtung für wichtiger halten. Ihr Abgeordneter Memet Kilic sieht in Einzelverträgen ein reines „Showgeschäft“. Damit drücke sich der Staat um ein klares politisches Bekenntnis.

Jeden, der jetzt schon mal sehen wollte, was denn genau in den Integrationsverträgen stehen wird, mussten Böhmers Mitarbeiter gestern verströmen. Die Legislaturperiode sei noch so frisch, da müssten die Inhalte erst erarbeitet werden. Recht viel mehr als zwei Sätze aus dem einen Monat alten Koalitionsvertrag sind bisher nicht bekannt. Der erste beschreibt das Ziel, der zweite lautet: „Information und Beratung über staatliche und bürgerschaftliche Angebote stehen dabei im Vordergrund.“

Das bedeutet, dass nicht in erster Linie an eine Bestrafung derer gedacht ist, die sich nicht integrieren wollen. In dieser Frage hatte sich Maria Böhmer jüngst erst mit ihrem Parteifreund, Innenpolitiker Wolfgang Bosbach, angelegt. Der hatte gefordert, noch schärfer gegen Integrationsverweigerer vorzugehen. Böhmer konterte: „Es geht vor allem um Anreize, weniger um Strafen.“

Die Unterzeichnung des Vertrages alleine reiche sowieso nicht aus, sagt Böhmer. Der Staat müsse den Migran-

ten noch deutlich mehr Möglichkeiten geben, sich aktiv am Gemeinwesen zu beteiligen. Egal, ob in Feuerwehr, Hilfsdiensten oder an Schulen – überall dort seien mehr „Brückenbauer“ zwischen den Kulturen nötig.

## Misslungene Migration

Maria Böhmer streitet nicht ab, dass es auch die von Thilo Sarrazin beschriebene Schattenseite gibt, die misslungene Migration. In einem Interview mit der Tageszeitung *Kölnische Rundschau* sprach sie von „Parallelsellschaften“, die „in bestimmten Vierteln großer Städte“ existierten. Dort beherrschten viel zu wenige Menschen die deutsche Sprache und auch die Bildungsabschlüsse der Jüngeren ließen häufig zu wünschen übrig.

Integrationsforscher begrüßen zwar die Idee der Bundesregierung mit dem Vertragsabschluss, betonen aber, dass dies reichlich spät komme. In Zeiten ständig abnehmenden Zuzugs nach Deutschland könne man damit nicht mehr so viel bewirken. Experte Klaus Bade: „Wenn wir dieses Konzept verwendet hätten in der Zeit der starken Zuwanderung, dann könnten wir heute seine Früchte ernten.“